

**KOMMUNEN
IN NOT!**

**GENUG
GEKÜRZT!**

DIE LINKE.

Her mit dem Rettungsschirm für Kommunen – Wir brauchen lebenswerte Städte und Gemeinden

Die CDU/FDP geführte Bundesregierung handelt nach der Wünsch-Dir-was-Politik ihrer Sponsoren und verteilt Steuergeschenke in Milliardenhöhe. Ein Beispiel ist der »Fall Mövenpick«. Erben und Hotelbesitzer werden reichlich beschenkt, während in zahlreichen Kommunen in NRW Theater geschlossen werden, Schulgebäude verfallen und die Becken in den Schwimmbädern leer bleiben. Reiche brauchen keine öffentlichen Schwimmbäder, Theater oder Bibliotheken! Sie haben den Pool im Keller, Bücher in der eigenen Bibliothek und organisieren sich bei Bedarf Kammerkonzerte im heimischen Salon. Ausbaden müssen die unsoziale Politik und den Steuer-senkungswettbewerb von Bund und Land die Kommunen und damit die Menschen vor Ort!

Seit Jahren kämpfen die Kommunen in NRW mit nicht ausgeglichenen Haushalten. Rund 60 Prozent aller Kommunen in NRW stehen 2010 mit einem »Zwangshaushalt« da. Um die laufenden Kosten decken zu können, stehen die Städte und Gemeinden vor einem Schuldenberg von insgesamt 15 Milliarden Euro. Diese abstrakten Zahlen haben konkrete Folgen für das Leben der Menschen in NRW!

Die Kommunen nehmen Kredite auf, für die sie Zinsen zahlen müssen. Um diese Lasten überhaupt tragen zu können, verkaufen Stadt- und Gemeinderäte das Eigentum der Menschen in ihren Städten und Gemeinden: Stadtwerke und Nahverkehr werden privatisiert, Schwimmbäder, Museen und Theater geschlossen. Für die Mehrheit heißt das: weniger Lebensqualität in den Kommunen, stattdessen steigende Gebühren und Abgaben. Kürzungen bei Stadtteilzentren, Jugendtreffs und Bibliotheken lassen ganze Stadtteile veröden. Die Bewegungsfreiheit und Mobilität werden durch steigende Preise für den öffentlichen Nahverkehr eingeschränkt; Grünanlagen und Spielplätze dem Verfall preisgegeben. Ein Teil der Städte steht längst vor dem finanziellen Kollaps und droht handlungsunfähig zu werden, besonders im Ruhrgebiet. Die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr. In diesen Städten bestimmt der Schulden-druck die Politik und nicht der gewählte Stadtrat.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat den Städten und Gemeinden in NRW massiv geschadet. Ihnen wurden Milliardenbeträge vorenthalten. Dem steht gegenüber, dass die Kommunen immer mehr Landesaufgaben übernehmen müssen. Ein finanzieller Ausgleich ist nicht vorgesehen. Im Gegenteil:

In der Weiterbildung und bei wichtigen Investitionen wurden Landesmittel gestrichen. Die Krise wird weitere Löcher in die kommunalen Haushalte reißen, hinzu kommen die Milliardenverluste der WestLB, die vor allem zu Lasten der kommunalen Haushalte und Sparkassen gehen. Das Alles ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis einer völlig verfehlten Politik. Besonders in NRW wurden windige Finanzprodukte, Kreditverbriefungen und Hedge-Fonds von den bisherigen Landesregierungen durch gewunken und gefördert. Deshalb sind CDU und FDP in NRW sowie die vorherige rot-grüne Koalition mitverantwortlich für die Milliardenzeche, die wir jetzt alle zahlen.

DIE LINKE steht für den Erhalt und Ausbau einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge und für soziale Kommunen. Statt milliardenschwerer Rettungspakete für die Banken fordern wir einen Schutzschirm für die Menschen und die Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Dafür treten wir im Landtag NRW und außerhalb der Parlamente ein:

- Wir fordern ein umfassendes Entschuldungsprogramm für die Kommunen und eine Zurücknahme der Steuergeschenke an Vermögende und Unternehmen! Ein Landesfonds zur Entschuldung strukturschwacher Kommunen muss umgehend eingerichtet werden.
- Wir treten für eine Neuordnung des Länder- und des kommunalen Finanzausgleichs ein. Die Kommunen müssen stärker am Steueraufkommen beteiligt werden. Wir wollen wieder Chancengleichheit und steigende Lebensverhältnisse unter allen Städten und Gemeinden in NRW.
- Wir fordern eine Neuverhandlung des Solidarpakts II mit dem Ziel, alle bedürftigen Kommunen unabhängig von ihrer geografischen Lage einzubeziehen.
- Schluss mit der Ausplünderung der Kommunen! Öffentliches Eigentum nutzt allen. Wir fordern einen Privatisierungsstopp und eine Rekommunalisierung bereits privatisierten öffentlichen Eigentums.

Deshalb am Sonntag, den 9. Mai mit beiden Stimmen DIE LINKE wählen.

Unterstützen Sie DIE LINKE für einen Politikwechsel in NRW. Registrieren Sie sich unter www.linksaktiv-nrw.de als Wahlkampfaktivistin oder Wahlkampfaktivist.

*DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen
Corneliusstraße 108, 40215 Düsseldorf
Telefon: 0211/35 89 07
E-Mail: igs@dielinke-nrw.de
www.original-sozial.de*

V.i.S.d.P.: Katharina Schwabedissen